

NIEDERSCHRIFT

über die **14.** Sitzung
des Sozial- und Gesundheitsausschusses
(XVI. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **07.12.2017**
Ort der Sitzung: GV, Zentrum, Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 und -2172)
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:35 Uhr
Den Vorsitz führte: Dr. Hans-Ulrich Klose

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Heiner Cöllen
2. Herr Hans-Josef Engels
3. Herr Reiner Geroneit Vertretung für Gerhard Heyner (mit FDP abgestimmt)
4. Herr Klaus Karl Kaster
5. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
6. Frau Dr. Daniela Leyhausen
7. Frau Ursel Meis
8. Herr Werner Moritz
9. Herr Antonius Suppes Vertretung für Frau Ann-Kathrin Küsters
10. Frau Maria Widdekind

• SPD-Fraktion

11. Herr Denis Arndt
12. Herr Udo Bartsch
13. Frau Cornelia Lampert-Voscht
14. Frau Margot Mankowsky
15. Frau Gertrud Servos Ab 19.00 Uhr
16. Frau Ursula Wolf

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

17. Herr Martin Kresse
18. Frau Marianne Michael-Fränzel
19. Frau Angela Stein-Ulrich

- **FDP-Fraktion**

- 20. Herr Jan Günther
- 21. Herr Dirk Rosellen

- **Die Linke-Fraktion**

- 22. Herr Oliver Schulz

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

- 23. Herr Carsten Thiel

- **beratende Mitglieder**

- 24. Frau Charlotte Häke

- **Gäste**

- 25. Herr Felix Arnold
- 26. Frau Beate Kopp

- **Verwaltung**

- 27. Frau Barbara Albrecht
- 28. Frau Dr. Birgit Bartsch
- 29. Frau Nadine Broisch
- 30. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge
- 31. Herr Dr. Michael Dörr
- 32. Herr Gerd Gallus
- 33. Frau Mandy Geithner-Simbine
- 34. Herr Siegfried Henkel
- 35. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
- 36. Herr Martin Meisel
- 37. Herr Marcus Mertens
- 38. Frau Birgit Rothe-Slak
- 39. Frau Christiane Rudloff
- 40. Frau Ulrike Weyerstraß

- **Schriftführer**

- 41. Herr Carsten Paetau

INHALTSVERZEICHNIS

| Punkt | Inhalt | Seite |
|---------------------------------|---|----------|
| Öffentlicher Teil: | | 4 |
| 1. | Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit..... | 4 |
| 2. | Flüchtlinge Vorlage: 50/2385/XVI/2017..... | 4 |
| 3. | Stromsparcheck in finanziell schwachen Haushalten Vorlage: 50/2375/XVI/2017 | 5 |
| 4. | Örtliche Planung nach § 7 APG NRW Vorlage: 50/2360/XVI/2017..... | 5 |
| 5. | Verbindliche Pflegebedarfsplanung für den Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/2346/XVI/2017 | 7 |
| 6. | Dormagener Projekt "Gemeinsam gegen Karies" Vorlage: 53/2296/XVI/2017 | 8 |
| 7. | Änderung der Delegationssatzung SGB XII (Sozialhilfe) Vorlage: 50/2374/XVI/2017 | 8 |
| 8. | Entwicklung der Investitionskostenförderung der Tages- und Kurzzeitpflege im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/2359/XVI/2017 | 8 |
| 9. | Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm sowie Wirtschaftsplan 2018 des Jobcenters Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/2384/XVI/2017..... | 9 |
| 10. | Vorstellung der Arbeit der Bildungskordinatorinnen im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/2383/XVI/2017 | 10 |
| 11. | 2. Demokratiekonferenz des Rhein-Kreises Neuss Vorlage: 50/2389/XVI/2017 | 10 |
| 12. | Mitteilungen | 10 |
| 12.1. | Pflegeplatz (Heimfinder) - App Vorlage: 50/2357/XVI/2017..... | 10 |
| 12.2. | Hinweis- und Beschwerdeportal der Heimaufsicht Vorlage: 50/2358/XVI/2017 | 10 |
| 12.3. | Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel (Neuerhebung 2018) Vorlage: 50/2390/XVI/2017 | 10 |
| 12.4. | Aufhebung eines Erlasses zum WTG durch das MAGS NRW Vorlage: 50/2361/XVI/2017 | 11 |
| 12.5. | Konferenz für Gesundheit, Pflege und Alter Vorlage: 53/2392/XVI/2017 | 11 |
| 12.6. | Würdigung der Aktivitäten des Gesundheitsamtes zu dem Thema „Multiresistente Erreger“ Vorlage: 53/2391/XVI/2017 | 11 |
| 13. | Anfragen | 12 |

- 13.1. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 24.11.2017 -
Soziale Beratung von Flüchtlingen Vorlage: 50/2403/XVI/2017..... 12
- 13.2. Medienbericht über Verkauf gestreckter Krebsmedikamente 12
- 13.3. Anfrage jährlicher Bericht zum Integrationskonzept..... 12

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Kreistagsabgeordneter Cöllen beantragte nach der Geschäftsordnung die Vertagung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.12.2017. Als Begründung führte er an, dass dieser Zuständigkeitsfragen des Kreises und des Ausschusses sowie Datenschutzfragen unbeantwortet lasse.

Kreisdirektor Brügge machte auf die Tischvorlage zum Antrag aufmerksam, in welcher die Verwaltung binnen eines Tages umfassend zur angesprochenen Thematik Stellung genommen habe. Die Tischvorlage ist als **Anlage** beigefügt. Schließlich wies er darauf hin, dass eine Beratung und Beschlussfassung wegen des Antragseingangs bereits formalrechtlichen Bedenken begegne.

Ausschussmitglied Kresse zeigte sich mit der Tischvorlage zufrieden und stimmte einer Vertagung zu. Anschließend wurde dem Vertagungsantrag einstimmig zugestimmt.

Zum „TOP 13.1 - Soziale Beratung für Flüchtlinge“ lag den Ausschussmitgliedern ebenfalls eine Tischvorlage vor. Diese ist als **Anlage** dem Protokoll beigefügt.

2. Flüchtlinge Vorlage: 50/2385/XVI/2017

Protokoll:

Auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Bartsch teilte Kreisdirektor Brügge mit, dass die Initiative Kompass D eingeladen werde, sich in der nächsten Ausschusssitzung vorzustellen.

Ausschussmitglied Kresse wünschte zur Auswertung des Ausländerzentralregisters auf Seite 13 der Sitzungsvorlage aufgeführten Niederlassungs- und Aufenthaltserlaubnissen einen Glossar mit näheren Begriffserklärungen (z.B. „familiäre Gründe“).

Laut Abfrage bei der Kreisausländerbehörde liegt ein solcher Glossar nicht vor. Die teils recht umfangreichen, rechtlichen Voraussetzungen ergeben sich unmittelbar aus den angegebenen Vorschriften des Aufenthaltsgesetzes. Dahinter sind in der Auswertung stichpunktartig die Merkmale des jeweiligen Titels benannt. Ergänzend dazu sind zum „Familiennachzug“ und „Resettlement“ der Internetseite des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) entnommene Informationen als **Anlage** beigefügt.

3. **Stromsparcheck in finanziell schwachen Haushalten**

Vorlage: 50/2375/XVI/2017

Protokoll:

Kreisdirektor Brügge stellte als Ergebnis intensiver Recherche der Verwaltung und mehrfacher Beratung im Ausschuss fest, dass es erfolgreichere Projekte als Alternative gebe und dieses Projekt daher nicht weiterverfolgt werden sollte.

Kreistagsabgeordneter Bartsch bedauerte dies zwar, dankte der Verwaltung jedoch zugleich für ihre Mühe.

Ausschussmitglied Kresse beantragte, den Beschluss dahingehend abzuändern, dass der Antrag in den Finanzausschuss verwiesen werden soll. Die Änderung des Beschlusses wurde mehrstimmig abgelehnt.

SozGe/20171207/Ö3

Beschluss:

Das Projekt wird nicht weiterverfolgt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt (8 Gegenstimmen)

4. **Örtliche Planung nach § 7 APG NRW**

Vorlage: 50/2360/XVI/2017

Protokoll:

Herr Felix Arnold vom ALP-Institut stellte die wesentlichen Ergebnisse der Örtlichen Planung im Rahmen einer Präsentation vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

Das Gesamtwerk werde den Kreistagsfraktionen laut Kreisdirektor Brügge digital zugeleitet. Die Fraktionen würden gebeten mitzuteilen, ob und wenn ja in welcher Anzahl Printexemplare benötigt werden.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose dankte Herrn Arnold für die umfassende Einführung in die gewonnenen Erkenntnisse. Wegen der erheblichen politischen und fachlichen Bedeutung der „Örtlichen Planung“ ergebe sich vermutlich zunächst Beratungsbedarf in den Fraktionen, so dass in dieser Sitzung noch keine Beratung und Beschlussfassung erfolge.

Kreisdirektor Brügge skizzierte folgenden Zeitplan: Herr Arnold stehe in der laufenden Sitzung für Fragen zur Verfügung. In der nächsten Sitzung im Februar 2018 steige der Ausschuss in die politische Beratung ein. Eine Beschlussfassung sollte im ersten Sitzungsblock 2018 erfolgen, damit ausreichend Zeit bleibe, um erste notwendige operative Maßnahmen einzuleiten. Falls sich bei der Beratung in den Fraktionen weitere Fragen ergeben, stehe die Verwaltung bei Bedarf unterstützend zur Verfügung.

Bei einem Austausch mit Herrn Arnold wurden die vorgestellten Handlungsansätze erörtert.

Von den Kreistagsabgeordneten Cöllen, Bartsch und Meis wurde angemerkt, dass eine Pflege durch Angehörige aufgrund der Entfernung des Wohnortes oder starker beruflicher Einbindung nicht immer gewährleistet werden könne. Bei diesen Pflegebedürftigen führe dies zu einer fortschreitenden Vereinsamung und einem erhöhten Pflegebedarf. Ein Bedarf ergebe sich teils bereits bei der hauswirtschaftlichen Versorgung.

Herr Arnold teilte die Einschätzungen, wies jedoch zugleich auf den bestehenden Mangel an Pflegefachkräften hin, welcher den Ausbau professioneller ambulanter Pflege gefährden könne. Letztendlich müsse ein Mittelweg gefunden werden. Wichtig sei der Ausbau der niedrigschwelligen Unterstützungs- und Entlastungsleistungen, jedoch könnten diese die notwendigen pflegerischen Bedarfe nicht abdecken.

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Kresse erklärte Herr Arnold, dass sich die eingestreute Kurzzeitpflege dadurch von der solitären Kurzzeitpflege unterscheidet, dass ein eingestreuter Platz auch für stationäre Dauerpflege genutzt werden dürfe. Solitäre Kurzzeitpflege sei dagegen ausschließlich für Kurzzeitpflege nutzbar. Bei steigender Auslastung der Dauerpflegeplätze würden somit eingestreute Kurzzeitpflegeplätze effektiv nicht zur Verfügung stehen. Bei solitären Kurzzeitpflegeplätzen bestehe die Schwierigkeit, dass durch saisonale Schwankungen in der Regel keine konstante Auslastung erzielt werden könne.

Auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Thiel teilte Kreisdirektor Brügge mit, dass es keine rechtliche Grundlage dafür gebe, einen Betreiber, der neue Dauerpflegeplätze bauen wolle, zu verpflichten, auch Kurzzeit- oder Tagespflegeplätze zu schaffen. Durch die Aufstockung von Kurzzeitpflegeplätzen habe man in den letzten Jahren bereits positive Effekte erzielen können. Darüber hinaus müsse man sich auch weiteren Themen (z. B. Quartiersentwicklung, sozialer Wohnraum, Ausbau präventive Pflegeberatung, Weiterverfolgung des Projekts „Modellkommune Pflege“) annehmen und unter dem Aspekt einer Sozialraumorientierung eine stärkere Vernetzung zwischen Akteuren der regionalen Sozial- und Jugendpolitik anregen. Zudem werde geprüft, inwieweit vorhandene Strukturen in Anspruch genommen würden und diese bedarfsgerecht angepasst werden müssten.

Herr Arnold merkte ergänzend an, dass der Ausbau der Unterstützungsstrukturen zwar durch den Kreis initiiert werden könne, letztlich aber auch die Bereitstellung von Haushaltsmitteln und personellen Ressourcen erforderlich mache. Durch die Stärkung der ambulanten Versorgung könnten im Ergebnis wiederum Pflegeausgaben im stationären Sektor eingespart werden, so dass sich ein Mitteleinsatz rechne.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose teilte mit, dass die Kommission Silberner Plan zum Thema Quartiersentwicklung bereits interessante Eindrücke gewonnen habe, die nunmehr fachlich vertieft und im nächsten Jahr im Ausschuss besprochen würden.

SozGe/20171207/Ö4

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die fertiggestellte „Örtliche Planung“ nach § 7 APG zur Kenntnis. Nach deren Beratung in den Fraktionen soll die „Örtliche Planung“ im ersten Sitzungsblock 2018 beschlossen werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

5. Verbindliche Pflegebedarfsplanung für den Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/2346/XVI/2017

Protokoll:

Kreisdirektor Brügge betonte unter Bezug auf die Vorlage, dass der prognostizierte Überhang an Pflegeheimplätzen im Kreisgebiet aktuell tatsächlich vorliege und damit für das Jahr 2018 kein Bedarf für den Neubau weiterer stationärer Pflegeheim bestehe. Die Möglichkeit einer Änderung der Pflegebedarfsplanung im nächsten Jahr werde durch den Beschlussvorschlag bereits berücksichtigt.

SozGe/20171207/Ö5

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Kreistag, den folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag beschließt gemäß § 7 Abs. 6 APG NRW das Gutachten „Pflegebedarfsanalyse Rhein-Kreis Neuss“ der Institute for Health Care Buisness GmbH vom November 2013 zur Örtlichen Planung im Sinne des § 7 Abs. 1 APG NRW zu erklären. Der Kreistag stellt fest, dass der im Gutachten prognostizierte Überhang an stationären Pflegeplätzen bei kreisweiter Betrachtung im November 2017 auch tatsächlich gegeben ist.

Sollte die Auswertung und Beratung der im Dezember 2017 fertiggestellten, „örtlichen Planung für den Rhein-Kreis Neuss“ gemäß § 7 APG im Laufe des Jahres 2018 abgeschlossen sein, kann dieser Beschluss aufgehoben und durch einen neuen Beschluss auf der dann aktuelleren validen Datenbasis ersetzt werden. Dieser Beschluss dient somit auf der Grundlage der Ergebnisse der „örtlichen Planung“ auch der Sicherstellung einer zukünftig ausgewogeneren Verteilung von stationären Pflegeplätzen auf die kreisangehörigen Kommunen.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Gutachten und diesen Beschluss des Kreistages gemäß § 7 Abs. 6 Abs. 1 APG NRW öffentlich bekannt zu machen.

Der Kreistag beschließt des Weiteren, dass gemäß § 11 Abs. 7 APG NRW eine Förderung für vollstationäre Pflegeeinrichtungen im Sinne des § 14 APG NRW, die im Rhein-Kreis Neuss neu entstehen und zusätzliche Plätze schaffen sollen, davon abhängig ist, dass für diese Einrichtung auf der Grundlage der örtlich verbindlichen Bedarfsplanung nach § 7 Abs. 6 APG NRW ein Bedarf bestätigt wird (Bedarfsbestätigung). Maßstab für die Bedarfsfeststellung ist alleine der Gesamtbedarf im Rhein-Kreis Neuss. Der Kreistag wird im Prozess der Umsetzung des Beschlusses auf die Ausgewogenheit des Bedarfs in den Städten und Gemeinden achten.

Die Verwaltung wird beauftragt, diesen Beschluss des Kreistages gemäß § 11 Abs. 7 Satz 2 APG NRW öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich (eine Enthaltung, Die Linke-Fraktion)

6. Dormagener Projekt "Gemeinsam gegen Karies"
Vorlage: 53/2296/XVI/2017

Protokoll:

Frau Dr. Bartsch, Projektkoordinatorin im Kreisgesundheitsamt, stellte die Ergebnisse des Projektes anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

7. Änderung der Delegationssatzung SGB XII (Sozialhilfe)
Vorlage: 50/2374/XVI/2017

Protokoll:

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

SozGe/20171207/Ö7

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Neufassung der Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe im Rhein-Kreis Neuss zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt

8. Entwicklung der Investitionskostenförderung der Tages- und Kurzzeitpflege im Rhein-Kreis Neuss
Vorlage: 50/2359/XVI/2017

Protokoll:

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Kresse erklärte Kreisdirektor Brügge, dass sich die Investitionskostenförderung ausschließlich nach der Anzahl der belegten Heimpflegeplätze bemesse. Aufgrund der dadurch verbesserten Auslastung komme diese Regelung den Pflegeheimen im Kreisgebiet und damit letztlich auch einer konstant hohen Pflegequalität zu Gute.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Entwicklung der Investitionskosten bei Tages- und Kurzzeitpflege zur Kenntnis.

**9. Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm sowie Wirtschaftsplan
2018 des Jobcenters Rhein-Kreis Neuss
Vorlage: 50/2384/XVI/2017**

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Cöllen fragte an, ob es über die in der Sitzungsvorlage dargestellten Maßnahmen hinausgehende Möglichkeiten gebe, um eine Steigerung der Integrationsquoten des Jobcenters zu bewirken.

Kreisdirektor Brügge führte aus, dass der Kreis einen wichtigen Schritt in der am 04.12.2017 durch die Trägerversammlung beschlossenen Neuausrichtung der Aufbauorganisation des Jobcenters als Spartenorganisation sehe. Nach Einführung einer sog. Matrixorganisation (Bereichsleitungen für Teams aus Leistungsgewährung und Arbeitsvermittlung zuständig) im Jahr 2012 habe man in den darauf folgenden Jahren einen Abfall der Integrationsquoten gegenüber anderen Jobcentern verzeichnen müssen (siehe der Vorlage beigefügte Grafiken).

Zudem beschließe die Trägerversammlung den Stellenplan, der auf Basis (teils gesetzlich) vorgegebener Betreuungsschlüssel aufgestellt werde. In dem Zusammenhang würden die teils relativ geringen Teamstärken weiter kritisch von den Trägern im Blick behalten. Weil die Teamleitungen nur zur Hälfte für die Sachbearbeitung zur Verfügung stehen, sollten die Führungsaufgaben möglichst stärker gebündelt werden.

Kreistagsabgeordneter Thiel betonte, dass der Schwerpunkt weniger auf eine Aufstockung des Personals des Jobcenters, sondern stärker auf die Eingliederung von Erwerbsfähigen in Arbeit gelegt werden müsse. Er bedauerte sehr, dass durch das Jobcenter erhebliche Finanzmittel aus dem Eingliederungsbudget nicht zur Finanzierung weiterer Eingliederungsmaßnahmen abgerufen worden sind, obwohl hierfür bereits im Sommer dieses Jahres eine Freigabe dieser Mittel durch die Träger erfolgt sei.

Kreistagsabgeordneter Kaster schlug als Beschluss vor, dass der Ausschuss mit den Entwicklungen im Aufgabenbereich des Jobcenters Rhein-Kreis Neuss nicht zufrieden sei und über die weiteren Entwicklungen berichtet werden solle.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose fasste den Sachverhalt zusammen und formulierte einen Beschlussvorschlag, über den anschließend abgestimmt wurde.

SozGe/20171207/Ö9

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss ist mit den Entwicklungen im Aufgabenbereich des Jobcenters unzufrieden. Er erwartet, dass die Integration in Arbeit in einem der wirtschaftsstärksten Räume deutlich besser gelingt und insbesondere bei den Integrationsquoten zumindest der Mittelwert des Vergleichstyps der Jobcenter erreicht wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

10. Vorstellung der Arbeit der Bildungskordinatorinnen im Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 50/2383/XVI/2017

Protokoll:

Die Bildungskordinatorinnen Frau Christiane Rudloff und Frau Mandy Geithner-Simbine stellten ihre Tätigkeit im Kommunalen Integrationszentrum anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose dankte den beiden für ihren Vortrag und wünschte ihnen für ihre Arbeit weiterhin viel Erfolg.

11. 2. Demokratiekonferenz des Rhein-Kreises Neuss

Vorlage: 50/2389/XVI/2017

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose fand es erfreulich, dass es im Rhein-Kreis Neuss eine ganze Reihe von Initiativen gebe, die sich für das demokratische System stark machen würden und im Rahmen der Demokratiekonferenz entsprechend gewürdigt worden seien.

Ausschussmitglied Kresse lobte ebenfalls deren ehrenamtliches Engagement.

12. Mitteilungen

12.1. Pflegeplatz (Heimfinder) - App

Vorlage: 50/2357/XVI/2017

Protokoll:

Kreisdirektor Brügge erklärte, dass das Anbieterverzeichnis und die Angabe zur Zahl der freien Plätze durch die Pflegeheime selbst gepflegt würden. Nach Einführung der App befinde man sich bezüglich der Datenaktualität inzwischen auf einem guten Weg.

12.2. Hinweis- und Beschwerdeportal der Heimaufsicht

Vorlage: 50/2358/XVI/2017

Protokoll:

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

12.3. Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel (Neuerhebung 2018)

Vorlage: 50/2390/XVI/2017

Protokoll:

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

12.4. Aufhebung eines Erlasses zum WTG durch das MAGS NRW

Vorlage: 50/2361/XVI/2017

Protokoll:

Herr Mertens, Leiter der WTG-Behörde, fasste den in der Vorlage dargestellten Sachverhalt kurz zusammen. Zwischenzeitlich habe das MAGS den Erlass hinsichtlich der durch den Kreis schriftlich geäußerten Bedenken zur Rechtmäßigkeit und praktischen Umsetzung aufgehoben.

12.5. Konferenz für Gesundheit, Pflege und Alter

Vorlage: 53/2392/XVI/2017

Protokoll:

Kreisgesundheitsdezernent Mankowsy teilte ergänzend zur Vorlage mit, dass in der schon seit Jahren erfolgreichen Konferenz zuletzt erstmalig alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden vertreten gewesen seien. Dies zeige die Bedeutung der besprochenen Themenfelder. Die Ärztekammer habe für das Kreisgebiet eine gute ärztliche Versorgung festgestellt, wobei diese gerade im Bereich der Fachärzte noch ausbaufähig sei. Der Ärztemangel würde sich nochmal verschärfen, wenn weitere Praxen schließen.

Durch den Gesetzgeber seien die Voraussetzungen für die bundesweite Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte leider weiterhin nicht gegeben. Daher würden derzeit durch private Unternehmen Alternativen, z. B. Gesundheits-Apps, entwickelt. Datenschutzrechtliche Problematiken könne dadurch begegnet werden, dass die Patienten selbst bestimmen können, welche Daten runtergeladen dürfen und welche nicht. Zu diesem Thema habe es einen sehr aufschlussreichen Vortrag gegeben. Auch insgesamt zeigte er sich mit dem Ergebnis der Konferenz sehr zufrieden.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose wünschte, dass das Thema weiter aufmerksam beobachtet und datenschutzrechtliche Punkte genauestens im Blick behalten werden. Andernfalls stehe je nach technischer Umsetzung zu befürchten, dass die Gesundheitsdaten durch unbefugte Dritte abgefangen werden könnten.

12.6. Würdigung der Aktivitäten des Gesundheitsamtes zu dem Thema

„Multiresistente Erreger“

Vorlage: 53/2391/XVI/2017

Protokoll:

Herr Dr. Dörr zeigte sich über die Auszeichnung des Kreises mit dem Sonderpreis sehr erfreut und fasste die in der Vorlage dargestellten Aktivitäten des Kreisgesundheitsamtes kurz zusammen. Darüber hinaus habe es bereits eine Reihe an Qualitätssiegeln, die nunmehr erneuert bzw. erweitert werden sollen, an Pflegeheime und Krankenhäuser vergeben.

13. Anfragen

13.1. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 24.11.2017 - Soziale Beratung von Flüchtlingen Vorlage: 50/2403/XVI/2017

Protokoll:

Kreisdirektor Brügge verwies auf die Tischvorlage. Letztendlich wolle die Landesregierung keine Kürzung sondern nur eine Anpassung der Haushaltsmittel anhand der tatsächlichen Ausgaben vornehmen. In dem Zusammenhang begrüße er sehr, dass die grundständige Finanzierung der Kommunalen Integrationszentren aus Landesmitteln für die Legislaturperiode bis 2022 gesichert sei. Hierdurch werde deren Arbeit eine langfristige Perspektive und den Beschäftigten in den KI Planungssicherheit verschafft.

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Kresses zur Höhe des Mittelbedarfes der einzelnen Wohlfahrtsverbände bat Kreisdirektor Brügge darum, diese Anfrage durch die Fraktion direkt dorthin zu stellen, da die Thematik nicht in den Aufgabenbereich der Verwaltung falle.

13.2. Medienbericht über Verkauf gestreckter Krebsmedikamente

Protokoll:

Kreistagsabgeordnete Servos fragte in Bezugnahme auf Medienberichte der letzten Wochen über einen Bottroper Apotheker, der unwirksame Medikamente an Krebspatienten verkauft haben soll, ob es derartige Fälle auch im Kreisgebiet gegeben habe. Herr Dr. Dörr, Leiter des Kreisgesundheitsamtes, teilte mit, dass die Apothekenaufsicht hierfür keine Anhaltspunkte habe.

13.3. Anfrage jährlicher Bericht zum Integrationskonzept

Protokoll:

Ausschussmitglied Kresse merkte an, dass der Sozial- und Gesundheitsausschuss in seiner Sitzung im Dezember 2016 einen jährlichen Bericht über die Umsetzung des Integrationskonzeptes beschlossen habe.

Kreisdirektor Brügge teilte als Termin für die nächste Integrationskonferenz den 16.03.2018 mit. Er konstatierte eine leichte Überschreitung der Jahresfrist. Bevor die Verwaltung dem Ausschuss berichte, wolle man jedoch in einen fachlichen Austausch mit den Akteuren in diesem Bereich treten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Dr. Hans-Ulrich Klose um 19:35 Uhr die Sitzung.



Dr. Hans-Ulrich Klose
Vorsitz



Carsten Paetau
Schriftführung